

Ulrich Reitemeier

## Einleitung\*

Der vorliegende Band enthält überarbeitete Fassungen von Vorträgen, die auf dem Kolloquium *Sprachliche Integration von Aussiedlern in den 90er Jahren – Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven* (5.-7.4.2001) am IDS in Mannheim gehalten wurden. Dieses Kolloquium wurde veranstaltet, um die mittlerweile erzielten Forschungsergebnisse zur sprachlichen Integration von Aussiedlern<sup>1</sup> mit einer größeren Fachöffentlichkeit diskutieren und bewerten zu können. Ein weiteres Ziel des Kolloquiums war es, sprachwissenschaftliche Ansätze im Untersuchungsfeld zu erörtern und das Aufgabenprofil künftiger Forschung zu konturieren. Aufgrund der hohen Relevanz der bisher bearbeiteten Forschungsthemen für die Deutschförderung von Aussiedlern und für darüber hinaus gehende Integrationshilfen wurde es von den Veranstaltern (Meng/Reitemeier/Stölting) als selbstverständlich angesehen, Untersuchungsergebnisse und Forschungsperspektiven auch im unmittelbaren Austausch mit Vertretern von Institutionen, die Integrationsprozesse mitgestalten, zu diskutieren.

---

\* Für Kommentare und kritische Anmerkungen danke ich Katharina Meng und Wilfried Stölting, den Mitveranstaltern des Kolloquiums, aus dem dieser Band hervorgegangen ist. Einige Passagen dieser Einleitung lehnen sich an ein Tagungsresümee an, das Wilfried Stölting für die Abschlussdiskussion verfasst hat. Für die Überlassung dieser Textvorlage schulde ich ihm besonderen Dank.

<sup>1</sup> Das Hauptkontingent der Aussiedler stammt aus der ehemaligen Sowjetunion; die Zuwanderungszahlen der Aussiedler aus Polen, Rumänien und anderen Staaten haben in den letzten Jahren sehr stark abgenommen. Auch künftig ist hauptsächlich aus den GUS-Ländern noch Zuwanderung von Deutschstämmigen und ihren Angehörigen zu erwarten. Diese Entwicklung hat sich darin niedergeschlagen, dass der Ausdruck *Aussiedler* zu einer gängigen Bezeichnung für Immigranten mit russlanddeutschem bzw. russischsprachigem Hintergrund geworden ist. An diesen Trend knüpft hier und in anderen Beiträgen dieses Bandes die Verwendung dieser Bezeichnung an. *Aussiedler* wird also nicht im engen Sinne des BVFG (*Spätaussiedler*) verwendet, sondern im Sinne einer Alltagskategorie, die auf Herkunft aus einem osteuropäischen Land und auf familiengeschichtliche Gegebenheiten, die eine Aufnahme in Deutschland rechtfertigen, verweist. Unter diese Alltagskategorie fallen somit auch jene russischsprachigen Angehörigen, die nicht nach § 4,1 bzw. § 7,2 BVFG, sondern nach dem Ausländerrecht behandelt werden.

Zwei thematisch ähnlich konzipierte Veranstaltungen sind diesem Kolloquium vorausgegangen: 1994 fand in Mannheim ein erster Workshop zum Thema *Sprachfähigkeiten, Sprachentwicklung und sprachliches Handeln bei Aussiedlern in Deutschland* statt; ein Jahr später ein zweiter Workshop in Frankfurt/Oder (Europa Universität Viadrina), Thema: *Sprachliche Integration von deutschen Aussiedlern aus Ost- und Ostmitteleuropa*. Ein dritter, für 1996 geplanter Workshop in Oldenburg (Carl von Ossietzky Universität) kam nicht zustande, da zu diesem Zeitpunkt nicht genügend Referent(inn)en zur Verfügung standen. Diese Workshops sollten die Kooperation der auf dem Gebiet der Aussiedlerforschung tätigen Sprachwissenschaftler(innen) und Forscher(innen) untereinander sowie den Austausch mit Forscher(inne)n aus Nachbarwissenschaften stimulieren. Sie sollten zugleich offen für Diskussionen der Relevanz sprachwissenschaftlicher Forschung für die praktische Integrationsarbeit sein. Mit dem zu Beginn des neuen Jahrtausends veranstalteten Kolloquium wurde an diese Intentionen angeknüpft.

Dank finanzieller Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft konnte 2001 der Kreis der Teilnehmer(innen) aus sprachwissenschaftlichen Fachgebieten, aus Nachbardisziplinen und aus der praktischen Integrationsarbeit erweitert werden. Insbesondere war es der finanziellen Unterstützung durch die DFG zu verdanken, dass Referent(inn)en aus dem Ausland eingeladen werden konnten.

Das Kolloquium fand zu einem Zeitpunkt statt, als die politischen Pläne für die künftige Gestaltung der sprachlichen Integration von Aussiedlern und Ausländern – die geplante Umstellung auf das *Gesamtsprachkonzept* – in die öffentliche Diskussion gelangten. Zur gleichen Zeit arbeitete die so genannte Süßmuth-Kommission noch an ihren Empfehlungen für ein Zuwanderungsgesetz, das die Schröder-Regierung erlassen wollte. In den Debatten um die Neugestaltung der staatlichen Integrationshilfen für Migranten und um die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes zeichnete sich ab, dass die Aufnahme von Aussiedlern der Behandlungsweise von Ausländern angenähert werden sollte. In dieser Situation haben die Referent(inn)en und Diskutant(inn)en des Kolloquiums versucht, nicht nur eine kritische Bestandsaufnahme einschlägiger Forschungsarbeiten vorzunehmen, sondern auch zur notwendigen sprachpolitischen Reflektion und zur Wertorientierung der Sprachintegration von Aussiedlern beizutragen.

Vor dem Hintergrund der regierungsseitig angestrebten Veränderungen der Deutschförderung für Migranten in Deutschland bestand bei Aussiedlerforschern wie auch bei den mit Einbürgerungsproblemen von Aussiedlern befassten Lehrern, Beratern, Betreuern usw. ein besonderes Interesse daran, die bisherige Deutschförderpraxis für Aussiedler einer kritischen Sichtung zu unterziehen. Auch sollte nicht mehr darüber hinweg gegangen werden, dass mit den Sprachtests für Aussiedler seit 1996 eine Politik der Zuwanderungsbegrenzung betrieben wird. Hinsichtlich der sprachtheoretischen Fundierung wie auch der Durchführungspraxis der Sprachtests war eine sprachwissenschaftliche Stellungnahme überfällig.

Für die Gewichtung der Untersuchungsergebnisse zur sprachlichen Integration von Aussiedlern erschien es hilfreich, Vergleiche mit anderen Gruppen von Migranten in Deutschland anzustellen. Zudem sollten die Studien zu Integrationsprozessen bei Aussiedlern in die soziolinguistische Forschungslandschaft eingeordnet werden. Wichtige Vergleichs- und Orientierungsmöglichkeiten waren darüber hinaus von Forschungsarbeiten aus Ländern, in denen die Aufnahme russischsprachiger Migranten ebenfalls eine gesellschafts-, sprach- und bildungspolitische Aufgabe darstellt, zu erwarten. Hier bot es sich an, auf Finnland mit den russischen Finnen bzw. den Ingermanländern, auf Griechenland mit den Pontosgriechen bzw. den remigrierenden Omogenis sowie auf Israel mit den jüdischen Einwanderern aus den Ländern der GUS zu schauen. Die auf dem Kolloquium zur Diskussion gestellten – und in diesem Sammelband enthaltenen – Aufsätze lassen sich somit unterteilen in solche,

- die speziell auf Aussiedler in Deutschland eingehen (Berend, Meng, Reitemeier, Baur/Bäcker, Khuen-Belasi, Stölting),
- die Sprachprozesse bei Aussiedlern im Kontext soziolinguistischer Forschung über andere Gruppen von Zuwanderern in Deutschland diskutieren (Biehl, Fennell),
- sowie in Beiträge, die die Aufnahme russischsprachiger Migranten in anderen Staaten behandeln (Finnland – Protassova, Israel – Burteisen, Griechenland – Damanakis).

Neben diesen Beiträgen enthält dieser Band im Anhangsteil einen autobiografischen Text, der aus der Betroffenenperspektive die Notwendigkeit zur

Reflektion und Neubestimmung der Deutschförderung von Aussiedlern unterstreicht. Irina Diener, eine russlanddeutsche Mutter und Lehrerin, die Teilnehmerin des Kolloquiums war, gibt darin Einblicke in Erfahrungsweisen der Sprachumstellung bei jüngeren und bei älteren Aussiedlern und beleuchtet die Rolle der Erstsprache beim Deutscherwerb russischsprachiger Zuwanderer.

Im Folgenden werden die in den Beiträgen dieses Bandes behandelten Problemfelder sprachlicher Integration von Aussiedlern skizziert und es werden Forschungsdesiderate benannt, die im Verlauf des Kolloquiums deutlich geworden sind. Anschließend werden als Schlussfolgerungen aus den Vorträgen und Diskussionen des Kolloquiums sprach- und integrationspolitische Leitlinien zur Unterstützung des Integrationsprozesses von Aussiedlern und auch anderen Migranten in Deutschland formuliert.

### **Problemfelder und Aufgabenprofil künftiger Forschungen zur sprachlichen Integration von Aussiedlern**

Die Vorträge und Diskussionen auf dem Kolloquium haben deutlich gemacht, dass Aussiedler die Diskrepanz zwischen der beanspruchten nationalen Identität als Deutsche und der gelebten Biografie von Russlanddeutschen auszuhalten haben, und sie zugleich von der Politik und der sozialen Umgebung zur Sprachumstellung auf Deutsch und zur Aufgabe des Russischen innerhalb einer Biografie gedrängt werden. In verschiedenen Diskussionsbeiträgen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass diese Bedingungen der Sprachumstellung mit dem Ziel der Mehrsprachigkeit kollidieren, das im Jahr 2001, dem Jahr der europäischen Sprachen, lautstark und mit vielfältigen Initiativen postuliert wurde. Sich als Angehöriger verschiedener Kulturen begreifen zu können und Beherrschung mehrerer Sprachen als personale Bereicherung ansehen zu können, ist durch die Funktion des Deutschen als Mitgliedschaftskriterium erschwert. Dabei sind Voraussetzungen für eine Integration in die deutschsprachige Gesellschaft, wie die Forschung belegt,<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Eine umfangreiche Bibliografie zum Thema *Sprachliche und soziale Integration von Aussiedlern* ist unter folgender Internet-Adresse verfügbar:

<http://www.ids-mannheim.de/prag/aussiedler/biblio.html>

außerordentlich unterschiedlich – je nach Generationszugehörigkeit und nach ländlicher oder städtischer Herkunft. Hier sind weitere Forschungen notwendig.

Anpassung an das Deutsche kann zwar als eine stark ausgeprägte Tendenz unter Aussiedlern angesehen werden (siehe Berend i.d.B.), daneben können aber durchaus auch starke Sprachbindungen an die mitgebrachte(n) Sprache(n) fortbestehen. Inwiefern bei den russlanddeutschen Aussiedlern Loyalitäten gegenüber dem Russischen fortbestehen, inwiefern die Betroffenen dadurch in Sprachkonflikte geraten und wie sie damit umgehen, wird ebenfalls in künftigen Untersuchungen zu klären sein. Aus der Frage nach der mitgebrachten Sprache, wozu auch die russlanddeutschen Dialekte gehören, ergibt sich speziell das Desiderat an die Forschung, verborgene Dialektkenntnisse zu ermitteln und differenziert festzustellen, inwieweit und bei welchen Fertigkeiten und Sprachstrukturen Dialektkenntnisse den Erwerb von Standarddeutsch erleichtern bzw. erschweren. Die Unterscheidung von Phasen der sprachlichen Integration, mit einer Anfangsphase der Orientierung an Sprachdomänen und Makrovarietäten des Deutschen, führt zum Desiderat, die Anschlussphase der *speech accommodation* an Sprechsituation und Mikrovarietäten genauer zu beschreiben. Wird vom Russischen als Basis für den Erwerb des Standarddeutschen ausgegangen (siehe Meng i.d.B.), so ist der Faktor des bemühten Deutschgebrauchs in der Familie auf den Deutscherwerb der Kinder zu klären – befördert oder behindert er ihre schulische Deutschleistung?

Von mitgebrachten Sprachen in der fremdkulturellen Umgebung des Aufnahmelandes Gebrauch machen zu können, bedeutet kulturelle Identität bewahren zu können. Wenn Migranten weniger dazu gedrängt werden, die mitgebrachte Sprache durch die Mehrheitssprache des Aufnahmelandes zu ersetzen und sie stattdessen ein um die Sprache des Aufnahmelandes ergänztes Beibehalten ihrer mitgebrachten Sprache praktizieren können, eröffnen sich Chancen, bei der Identitätsentwicklung Mitgebrachtes nicht unterdrücken zu müssen, sondern gleichberechtigt und sozusagen identitätsoffen damit umgehen zu können. Unter russisch-jüdischen Immigranten in Israel sind solche Entwicklungen offenbar auf fraglosere Weise möglich (siehe Burteisen i.d.B.), als dies bei russlanddeutschen Aussiedlern der Fall ist.

Obwohl die sprachlichen Ausgangsbedingungen, unter denen Aussiedler wie auch Arbeitsmigranten in Deutschland starten, recht unterschiedlich sind, steht zu vermuten, dass die sprachlichen Lern- und Anpassungsprozesse, die in beiden Gruppen ablaufen, nicht wesentlich differieren. Exakte und valide Aussagen über die Aneignung des Deutschen in beiden Gruppen strebt die soziolinguistische Migrationsforschung an. Ihr geht es insbesondere um den Einfluss bestimmter Sozialfaktoren auf Spracherwerbs- und Gebrauchsprozesse (Sozialstatus, Bildungsabschluss, innerfamiliäre Bildungsambitionen, Kontakte mit Einheimischen; ausführlicher hierzu Biehl i.d.B.). Nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen dem so genannten Gastarbeiterdeutsch und dem Aussiedlerdeutsch ist bislang kaum gefragt worden. Ein wichtiger Ansatzpunkt sind hier die je besonderen sprachlichen Ausgangsbedingungen, die in dem Beitrag von Fennel (i.d.B.) einem ersten Systematisierungsversuch unterzogen werden.

Ausschlaggebend für die Aufnahme von Aussiedlern in Deutschland ist ein Staatsangehörigkeitsrecht, das den Begriff der *Volkszugehörigkeit* verwendet (§ 116, Grundgesetz). Bei der Einbürgerung unterliegen Aussiedler der Festlegung ihres Status nach dem Bundesvertriebenengesetz; familial erworbene Deutschkenntnisse sind dabei als Bestätigungsmerkmal ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk und zu deutscher Kultur von Relevanz.<sup>3</sup> Neben dem *subjektiven* Volkstumbekenntnis und neben der Abstammung von Eltern deutscher Volkszugehörigkeit fungiert die Pflege der deutschen Sprache als *objektives* Bestätigungsmerkmal. Das statusrechtliche Anerkennungsverfahren und die hierauf bezogene Rechtsprechung löst bei den Betroffenen vielfach Irritationen aus, denn die enge Verknüpfung zwischen Sprachkompetenz und nationaler Zugehörigkeit ist für Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion etwas Neuartiges. Gravierende Erschwernisse für die Integrationsarbeit der bereits Eingereisten bürdet das Anerkennungsverfahren (bzw.

---

<sup>3</sup> Aufnahme in den 'Nationalkörper' ist auch die tragende Idee bei der Aufnahme von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion in Griechenland. Hinsichtlich Einbürgerungsverfahren und staatlichen Integrationshilfen bestehen daher auch Parallelen in der (im Verhältnis zu anderen Gruppen von Migranten) privilegierten Behandlung von Russlanddeutschen und Russlandgriechen (siehe Damanakis i.d.B.). Die Gründung des Staates Israel zielte ebenfalls auf Wiedervereinigung eines Volkes und auf Zusammenführung im jüdischen Heimatland (Burteisen i.d.B.) mit eigener Religion und Sprache.

die hierauf bezogene Rechtsprechung) Aussiedlern auf, wo seine Bestimmungen (bzw. Urteile) Familiennachzug verzögern oder verhindern (siehe hierzu auch Khuen-Belasi sowie Stölting i.d.B.).

Seit Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts werden Kenntnisse der deutschen Sprache bei Aussiedlern stärker als Voraussetzung für das Gelingen von Integration gefordert. Das integrationspolitische Umdenken hatte nicht nur Sprachfördermaßnahmen im Gefolge, sondern auch spezielle Praktiken der Überprüfung der Deutschkenntnisse. Die seit Juli 1996 vom Bundesverwaltungsamt durchgeführten Überprüfungen der Deutschkenntnisse der Antragsteller im vertriebenenrechtlichen Aufnahmeverfahren wurden als Instrument genutzt, mit dem sich die quantitative Entwicklung der Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der UdSSR steuern lässt. Seither sind Einreisezuweisungen für Aussiedler stark zurückgegangen. Die verschärfte Anwendung der Deutschtests stellt zwar sicher, dass bei einer Minderheit Sprachkompetenzen und damit grundlegende Integrationsvoraussetzungen gegeben sind, die Durchführungspraxis ignoriert aber die Lebensbedingungen im Herkunftsland, die dem Erhalt des Deutschen entgegenstanden. Zu kritisieren sind die Deutschtests nicht nur wegen ihrer mangelnden wissenschaftlichen Fundierung und der unkontrollierbaren Handhabung (keine für das Deutsche als Fremdsprache und russlanddeutsche Dialekte ausgebildeten Tester), sondern auch weil die Sprachideologie des vertriebenenrechtlichen Aufnahmeverfahrens den historisch gewachsenen Lebensbedingungen in den Herkunftsgebieten nicht gerecht wird (siehe Stölting i.d.B.).

Soziolinguistische Migrationsforschung hat gezeigt, dass die Kommunikation der Zuwanderer mit Einheimischen ein wichtiger Faktor beim Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes ist (siehe Biehl i.d.B.). Für die Zuwanderer sind Kommunikationssituationen mit Alteingesessenen Ereignisse, in denen sie Beschränkungen ihres Sprachvermögens erfahren, aber auch neue sprachliche Fertigkeiten erproben und ausbauen können. Die Bedeutung der Kommunikation zwischen Zuwanderern und Einheimischen für den Integrationsprozess reduziert sich indes nicht auf die Beeinflussung des Sprachenlernens. Der unmittelbare, an spezifische Anlässe und Zwecke gebundene kommunikative Austausch mit Alteingesessenen ist für das kulturelle Lernen und für die Identitätsentwicklung der Neuankömmlinge wichtig (vgl. Reitemeier

i.d.B.). Elementare Widerstände der Etablierung solcher Situationen sowie inadäquate Gesprächsstrategien im Umgang mit dem Fremdheitsstatus von Aussiedlern stehen den prinzipiell in der Kommunikation mit Einheimischen bestehenden Chancen der Identitätsarbeit entgegen. Hier sind weitere Forschungen notwendig dazu, wie bei der einheimischen Bevölkerung, insbesondere den professionellen und ehrenamtlichen Helfern, die Entwicklung von Integrationskompetenz unterstützt werden kann.

Institutionelle Sprachförderung für Migranten zielt zu allererst darauf, das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes zu unterstützen und darauf, Fehlentwicklungen, die der ungesteuerte Spracherwerb mit sich bringen kann, zu verhindern. Institutionelle Förderung des Deutscherwerbs für Aussiedler wird in verschiedenen schulischen Maßnahmen für Aussiedlerkinder, in Deutschkursen für Erwachsene und in Sprachkursen für jüngere Aussiedler, die aus dem Garantiefonds finanziert werden, geleistet. Seit einigen Jahren bestehen auch Deutschförderangebote in den Herkunftsgebieten (finanziert vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Inneren). Mit der institutionellen Förderung des Deutscherwerbs von Aussiedlern sind vor allem Fragen der Didaktisierung aufgeworfen. Zentraler Ausgangspunkt ist hier, dass das Russische noch lange Zeit die dominante Sprache in den Sprachbiografien von Aussiedlern sein wird und dass insbesondere der Deutscherwerb der jüngeren Generationen auf der Basis des Russischen erfolgt (vgl. Meng i.d.B.).<sup>4</sup> Von Relevanz für die Didaktisierung des Deutscherwerbs ist ferner, dass bei russlanddeutschen Schüler(inne)n – wie auch bei anderen Migrantenkindern – in den weiterführenden Schulen häufig eine große Diskrepanz zwischen Alltagssprachlicher und fachsprachlicher Handlungsfähigkeit festzustellen ist (ausführlicher hierzu Baur/Bäcker i.d.B.).

Ein Streitpunkt bei der Didaktisierung des Deutschunterrichts besteht in der Frage, ob und wie Migrantensprachen als Vermittlungssprachen im Unter-

---

<sup>4</sup> Eine ähnliche sprachliche Ausgangssituation wie bei den Russlanddeutschen – tendenzieller Verlust der Muttersprache und starke Einflüsse des Russischen – besteht bei den Ingermanländern, einer ethnischen Gruppe in der ostseefinnischen Region. Wie bei vielen Russlanddeutschen der jüngeren und mittleren Generation ist die russische Sprache auch für viele Ingermanländer die am besten entwickelte und am meisten gebrauchte Sprache bei Eintritt in das Aufnahmeland (vgl. Protassova i.d.B.).



richt genutzt werden können bzw. sollen.<sup>5</sup> Dieser Streitpunkt ist verknüpft mit einem anderen strittigen Thema, nämlich der Frage inwieweit Sprachförderung für Aussiedler auch Förderung der Herkunftssprache einschließen soll. An diesem Punkt vermischen sich sprachdidaktische und sprachpolitische Aspekte. In den Stellungnahmen, die auf dem Kolloquium zu diesen Aspekten abgegeben wurden, wurde deutlich, dass hier über Scheinalternativen debattiert wird. Förderung des Deutschen und Förderung der Herkunftssprachen sind nur scheinbar konträre Handlungsalternativen in der Spracharbeit, in wissenschaftlicher Sicht sind sie es aber keineswegs. Sie erscheinen nur dann konträr, wenn die Politik und die Akteure, die sie umsetzen, die theoretische Diskussion benutzen, um die eigenen Entscheidungen zu legitimieren.

Der institutionell unterstützte wie auch geforderte Anschluss an die Unterrichtssprache Deutsch, setzt die Betroffenen Selektionsmechanismen aus, die nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Bildungssystems folgenreich sind. Den Defiziten elementarer Bildung, die bei vielen jüngeren Aussiedlern als Folge der sich verschlechternden Bildungschancen in den Herkunftsgebieten festzustellen sind, steht ein hierauf nicht vorbereitetes und starres Schulsystem in Deutschland gegenüber. Zu befürchten ist, dass hier ein Potenzial mit geringen Bildungs- und Beschäftigungschancen heranwächst, das gesellschaftliche Folgekosten nach sich ziehen wird (vgl. Khuen-Belasi i.d.B.).

Insgesamt mangelt es in der Forschung an Erkenntnissen darüber, woran der Deutscherwerb scheitert, wenn er scheitert. Ungeklärt sind Fragen wie die folgenden: Liegt dies allein in der biografischen Situation und in persönlichen Lern- und Lebensschwierigkeiten begründet? Und wenn ja, in welchen? Zu fragen bleibt ferner, ob der Deutscherwerb nicht auch durch organisatorische Rahmenbedingungen erschwert wird.

In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass von institutioneller Sprachförderung kontraproduktive Effekte ausgehen können. In Deutschland, in Griechenland und auch in Israel sollen spezielle Förderpro-

---

<sup>5</sup> Sowohl die Beiträge von Baur/Bäcker und Khuen-Belasi als auch der im Anhangsteil abgedruckte autobiografische Text von Irina Diener plädieren entschieden für eine gezieltere Verwendung des Russischen als Vermittlungssprache im Unterricht.

gramme für Zuwanderer die unzureichenden Kenntnisse der Nationalsprache beheben; mit der starken Fixierung auf die Förderung der Sprache des aufnehmenden Landes, geht aber eine Vernachlässigung der Herkunftssprachen einher. Eine Ausnahme bildet hier Finnland (siehe Protassova (i.d.B.)).

Dass institutionelle Sprachförderung mit strukturellen Schwächen behaftet ist, spricht natürlich nicht gegen diese Integrationshilfe. Vielmehr sollte sich die Sprachwissenschaft gefordert sehen, nicht nur zur Entwicklung qualitativ hochwertiger Sprachangebote beizutragen, sondern sich auch als gesellschaftliche Instanz ins Spiel bringen, die darüber zu entscheiden vermag, was sozial angemessene und qualitativ hochwertige Sprachförderung ist.

Über die eben genannten Desiderate hinaus hat das Kolloquium weitere Anforderungen an die künftige Erforschung des sprachlichen Integrationsprozesses von Aussiedlern deutlich werden lassen:

- Wissenschaftliche Forschung und praktische Erfahrungen in der Spracharbeit mit Aussiedlern müssen in einem lebendigen Austausch untereinander stehen.
- Die internationale Dimension der Immigration von Russophonen – auf dem Kolloquium vertreten durch die Beiträge zu Finnland, Griechenland und Israel – stellt ein notwendiges Vergleichsglied für die Forschung in Deutschland dar.
- Bei der Annäherung an dieses neue Gegenstandsfeld hat Fallforschung (biografische Forschung mit Ermittlung der Perspektiven der Betroffenen) der Anwendung von Modellen, z.B. aus der Migrantensprachenforschung, vorauszugehen.
- Da, wie allseitig beobachtet, sprachliche Integration ein sich über viele Jahre hinziehender Prozess ist, sollte diese auch in Longitudinalforschung erhoben werden. Sozialfaktoren, die den Abbau mitgebrachter Sprachfähigkeiten, den Kompetenzerwerb in einer Zweitsprache sowie die Befähigung zur Mehrsprachigkeit beeinflussen, sind adäquat nur mittels diachronischer Analysen zu erfassen. Erforderlich sind Längsschnittuntersuchungen, die Aufschlüsse über Aufbau und Erhalt von Bilingualismus geben. Es mangelt an Untersuchungen, die den Einfluss von Sozialfaktoren auf Spracherwerbsprozesse in ihrer Vernetztheit transparent machen,

wobei u.a. zwischen direkten und indirekten Einflussbeziehungen zu unterscheiden und auch subjektive Faktoren wie Einstellungen zu einer Sprache und die Motivation zum Sprachenlernen zu berücksichtigen wären.

- Der Erwerb der Sprachmittel des Deutschen sollte nicht ohne Berücksichtigung der Schwierigkeiten des Aufbaus gemeinsamer kommunikativer Welten zwischen Einheimischen und Einwanderern erforscht werden. Das kulturell und kollektivgeschichtlich Eigene der Russlanddeutschen sollte von der Forschung stärker als Ressource für den Integrationsprozess beachtet werden.
- Auch wenn die Identitätsentwicklung von Migranten stark von Mehrsprachigkeit beeinflusst wird, müssen Untersuchungen durchgeführt werden, die Identitätsveränderungen im Kontext sozialer, politischer und ökonomischer Situationen erforschen, und nicht ausschließlich die sprachliche Dimension fokussieren.
- Künftige Forschungsvorhaben zur sprachlichen Integration von Aussiedlern sollten beachten, dass der Redeweise von „den Aussiedlern“ eine Generalisierungstendenz anhaftet, die Lebenslagen und Integrationsprozesse homogener erscheinen lässt, als sie tatsächlich sind. Unterschiedliche Entwicklungsprozesse innerhalb der Migrantengruppen, können so nur schwer in das Blickfeld geraten. Mit einer stärkeren Fokussierung der Binnenorganisation und der Binnenkommunikation von Aussiedlergemeinschaften wird es möglich, zu differenzierenden Aussagen über Anpassungsverhalten und sprachliche Integrationsprozesse zu gelangen. Wichtige Differenzierungsgesichtspunkte sind hier der Einreisezeitpunkt, die Generationenlage (insbesondere Kinder und Jugendliche), mitgebrachte sowie hier erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse, Geschlechterrollen, Wohngebiete (alte oder neue Bundesländer; ländlicher oder großstädtischer Raum; hoher oder niedriger Anteil an Aussiedlern/Migranten), Religionszugehörigkeit usw.

Das Kolloquium hat nicht zuletzt gezeigt, dass der Austausch über Fragen der sprachlichen Integration sowohl für wissenschaftlich orientierte als auch für praktisch arbeitende Teilnehmer(innen) sehr fruchtbar war. Der vielfach geäußerte Wunsch nach der Fortsetzung von Veranstaltungen dieser Art zeigt, dass die Nachfrage nach sprachwissenschaftlichen Forschungsergebnissen auch außerhalb der Wissenschaft sehr groß ist. Er hat ferner gezeigt,

dass in Fragen der Sprachenpolitik und der sprachlichen Förderung von Migranten gemeinsame Positionsmarkierungen nicht nur nötig, sondern auch möglich sind. Die nachstehend ausformulierten Grundpositionen gründen in kritischen Einschätzungen bundesdeutscher Sprachenpolitik und Sprachförderung, die auf dem Kolloquium vorgetragen und diskutiert wurden. Relevante Bezugspunkte sind hier die Sprachtests für Aussiedler, das Lernziel Mehrsprachigkeit, die Integrationskompetenz der Professionellen mit Eingliederungsaufgaben und die geplante Vereinheitlichung der Sprachförderung für Aussiedler und Ausländer.

### **Positionen zur sprachlichen Förderung von Aussiedlern und Ausländern in Deutschland**

Angesichts aktueller einwanderungs- und integrationspolitischer Entwicklungen darf Sprachwissenschaft keine Zurückhaltung üben. Die Teilnehmer(innen) des Kolloquiums, das im Jahre 1994 stattfand, verabschiedeten eine Resolution, die sich gegen den Abbau der Sprachfördermaßnahmen für Aussiedler richtete („Mannheimer Appell“).<sup>6</sup> Damit wurde zur Kürzung des Stundenvolumens der Sprachkurse für Aussiedler von acht auf sechs Monate Stellung genommen. Inzwischen steht eine weitere einschneidende Veränderung der Sprachförderung bevor, die es notwendig macht, sprachwissenschaftliche Erkenntnisse sowie konkrete Erfahrungen aus der Spracharbeit in Leitlinien zu bündeln, die über den Kreis der Wissenschaft hinaus stimulierend wirken.

#### **▪ Verzicht auf Sprachtests im Aufnahmeverfahren!**

Seit Einführung der Sprachtests wirkt sich die Feststellung unzureichender Deutschkenntnisse zumeist nachteilig auf die statusrechtliche Anerkennung als Spätaussiedler aus. Die Praxis der Sprachprüfungen blendet die Lebensumstände in den Herkunftsgebieten, durch die Erwerb und Gebrauch der deutschen Sprache erschwert oder verhindert wurden, aus. Damit wird die Deutschkompetenz, aber nicht das Leben in deutschen Kulturbezügen und nicht die Benachteiligungen, die in der Eigenschaft als Deutsche in den Herkunftsgebieten hinzunehmen waren, zum entscheidenden Aufnahme- und

---

<sup>6</sup> Vgl. Deutsch lernen, Heft 1, 1995, S. 79-81.

Einbürgerungskriterium. Neben ihrer offiziellen Funktion der Feststellung von Volkszugehörigkeit haben die Sprachtests eine zweite, verdeckte Funktion als Instrument zur Regulierung des Aussiedlerzustroms bekommen. In dieser Funktion erzeugt die gegenwärtige Sprachtestpraxis neue historische Ungerechtigkeiten.

Es versteht sich von selbst, dass mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch Kenntnisse der deutschen Sprache angeeignet werden müssen. Im Sinne des Gleichbehandlungsprinzips sollte der Nachweis von Deutschkenntnissen – wie bei ausländischen Bewerbern um die deutsche Staatsangehörigkeit – auch zu einem späteren Zeitpunkt als bei der Einreise erbracht werden können. Die Überprüfung der Deutschkenntnisse sollte aber nicht länger Bestandteil des Aufnahmeverfahrens sein.

#### ▪ Deutschförderung am Ziel der Mehrsprachigkeit orientieren!

Die vom Aufnahme- und Anerkennungsverfahren ausgehende Symbolwirkung, dass nur Deutsch wichtig ist und andere Sprachen vernachlässigbar sind, ist nicht vereinbar mit dem in der Schul- und Bildungspolitik postulierten Ziel der Mehrsprachigkeit. Wie für andere Gesellschaftsmitglieder auch muss der Ausbau von Mehrsprachigkeit bei Aussiedlern das übergeordnete sprachpolitische Ziel sein. Mitgebrachte Russischkompetenzen sollten dabei als Grundstock für diese Kompetenzentwicklung verstanden werden, nicht als Sprache, die den Deutscherwerb behindert.

Durch Mehrsprachigkeit wird der Einzelne zur Teilhabe an den Lebensprozessen global vernetzter und in sich aufgesplitteter Gesellschaften befähigt sowie zur besseren Bewältigung sich rasch wandelnder biografischer Anforderungen. Die Deutschförderung für Aussiedler muss als Bildungs- und Zukunftsinvestition verstanden und konsequent als solche gestaltet werden. Eine an dieser Maxime orientierte Sprachförderung hat wesentliche Vorteile für das gesellschaftliche Integrationsklima. So können soziale Reparaturkosten erspart bleiben, die aufgrund mangelnder sprachlicher und beruflicher Qualifizierung entstehen. Und so können in unserer Gesellschaft „Lockenübungen“ zum bisher viel zu eng gesehenen Verhältnis zwischen nationaler Identität als Deutsche und lebensgeschichtlich entwickelter Sprachpräferenz initiiert werden.

Für erwachsene Aussiedler ist der Deutscherwerb nicht nach dem sechsmo-natigen Sprachkurs (oder den im Gesamtsprachtkonzept vorgesehenen 600 Stunden) abgeschlossen. Es bedarf hier unbedingt weiterführender Sprach-kursangebote. Auch dürfen die Förderprogramme nicht auf reine Sprach-vermittlung beschränkt sein; sie müssen berufsbegleitende und berufsvorbe-reitende Maßnahmen einbeziehen.

Eine Orientierung an der Ausgangssprache Russisch (oder einer anderen Herkunftssprache) in der Ausbildung und in der Deutschvermittlung oder eine Orientierung allein an der Zielsprache Deutsch mit der Konsequenz mehrsprachiger Lernergruppen sind sprachdidaktisch nicht alternativ zu sehen, sondern in abwechselnden Unterrichtsphasen von Sprach- und In-haltsorientierung zu verwirklichen, die in der Kooperation von russischkun-digen Lehrkräften (oder anderen „Überbrückungslehrern“) und einsprachig-deutschen durchgeführt werden.

Sprachförderung für die Kinder von Aussiedlern muss von der Tatsache ausgehen, dass bei ihnen der Aufbau von Kompetenz in der Erstsprache (zumeist Russisch) nicht abgeschlossen ist. Soll das Ziel Mehrsprachigkeit für alle Bevölkerungsgruppen gelten, muss Sprachförderung auch darauf ge-richtet sein, dass dieser Sprachaneignungsprozess nicht unterbrochen wird.

Deutscherwerb und Förderung der Russischbeherrschung stellen keinen Ge-gensatz dar, wenn der Deutschunterricht ausreichend intensiv und von quali-fizierten Lehrkräften durchgeführt wird, deren berufliche Stellung eigene Fortbildungsbemühungen erlaubt, und wenn Russischförderung als Angebot in ausreichendem Maße vorhanden ist. Auch bei Verzicht auf Russisch in der Familie ist sicherzustellen, dass die Schule den Kindern eine Transferhil-fe von der bisherigen Lernsprache Russisch zur Lernsprache Deutsch zur Verfügung stellt.

Damit Herkunftssprachen von Aussiedlern (und Ausländern) selbst als wert-voll für den Aufbau von Mehrsprachigkeitskompetenz angesehen werden können, muss auch das Prestige dieser Sprachen gefördert werden. Hier kann insbesondere die Institution Schule einen Beitrag leisten, indem sie die Wahlmöglichkeiten der Fremdsprachen ausbaut. Dringend erforderlich ist darüber hinaus ein Elternratgeber, der all diese Aspekte zur Spracherziehung der Kinder berücksichtigt.

### ▪ Integrationskompetenz bei Einheimischen entwickeln!

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Lern- und Integrationsanstrengungen der Zuwanderer besteht darin, dass Einheimische ihrerseits Integrationskompetenz erwerben und ausbauen. Kulturell Fremde zu akzeptieren und sich auf ihre Lebenssituation einstellen zu können, sind Grundvoraussetzungen für die Entwicklung dieser Kompetenz. Neben dem Verständnis der besonderen Lern- und Lebensschwierigkeiten von Aussiedlern ist es für die Entwicklung von Integrationskompetenz notwendig, unterrichtende, beratende und betreuende Arbeit nach klar definierten Qualitätsstandards zu erbringen.

Die von der Bundesregierung eingeleitete Integrationspolitik der Förderung kommunaler Netzwerke ist hieran zwar orientiert, aber mit der Verlagerung von Zuständigkeiten für die Integration auf bestimmte gesellschaftliche Instanzen (Integrationspaten, Betreuungslehrer, Kirchengemeinden, Arbeitsämter, kommunale Behörden) ist nicht automatisch personale Kompetenz zur Unterstützung von Integrationsanstrengungen kulturell Fremder gewährleistet. Zudem lassen die relativ schlechte Bezahlung und vielfach bestehende Arbeitsplatzunsicherheiten, etwa bei den Sprachlehrern, selbst initiierte Qualitätsoffensiven nur schwer aufkommen.

Aussiedlerbetreuer, Ehrenamtliche und andere Helfer müssen dazu befähigt werden, Spielräume in der sozialpädagogischen Betreuung lernungeübter und unter Fremdheitserfahrungen leidender Menschen nutzen zu können. Zur Entwicklung von Integrationskompetenz müssen Lehrer selbst in ihren Unterrichtsmethoden auf Mehrsprachigkeitsverhältnisse eingestellt sein.

Die bei Lehrkräften diagnostizierte Überfokussierung der Sprachlernproblematik wertet nicht die Bedeutung der Spracharbeit für den Integrationsprozess ab. Vielmehr wird damit – wie auch in der interkulturellen Pädagogik – vor einem verkürzten Verständnis von Integrationsproblemen von Migranten gewarnt: Spracharbeit mit Aussiedlern darf nicht so verstanden werden, dass Aneignung der deutschen Sprache die Bearbeitung tiefergehender Probleme mit der Fremdheitssituation und dem Status des Migranten überflüssig macht.

### ▪ Folgenabschätzung der geplanten Umstellung der Sprachförderung!

Die bevorstehende Einbindung der Sprachkurse für Aussiedler in ein *Gesamtsprachkonzept* lässt befürchten, dass sich die Chancen auf erfolgreichen Deutscherwerb für Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen eher verschlechtern als verbessern werden. Die geplante Verkürzung der Sprachkursförderung von sechs auf drei Monate nicht nur für Aussiedler, sondern generell für Zuwanderer in Deutschland und auch die in anderen Bereichen (Fahrkosten; sozialpädagogische Begleitmaßnahmen) erwartbaren Kürzungen müssen daher in ihren Auswirkungen auf die Lernmotivation und generell auf das Gelingen eines erfolgreichen Spracherwerbs sorgfältig beobachtet werden. Ebenso bleibt zu hinterfragen, ob es mit den geplanten Veränderungen gelingt, Ausbildungsreife bei den jungen Aussiedlern (und Ausländern) zu erreichen, und wie die Arbeitsmarktchancen der Erwachsenen nach Absolvierung der Fördermaßnahmen aussehen.

Angesichts der geplanten Kürzungen der Gesamtstundenzahl des Deutschunterrichts auf 600 Stunden (bislang 800-1200), die deutlich verringerte sozialpädagogische Begleitung der Sprachkursteilnehmer (auf insgesamt 75 Stunden), die Anrechnung von Alphabetisierungskursen auf die geförderte Gesamtstundenzahl, außerdem die Vergütung nach BAT IVa, das angestrebte Lohndumping bei den Lehrkräften, muss man kein Experte sein, um prognostizieren zu können, dass der in den neuen Sprachkursen erreichte Sprachstand geringer sein wird. Zu befürchten steht, dass die geplante Vereinheitlichung der Sprachförderung nicht nur Qualitätseinbußen und zusätzliche Belastungen der Sprachkursteilnehmer mit sich bringt, sondern auch Spannungen zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen verschärft und Aussiedler zu einer von anderen Migranten angefeindeten Gruppe macht. Zu hoffen bleibt, dass die inzwischen initiierten Pilotprojekte Revisionen bei den wichtigsten Schwachstellen des geplanten Förderkonzeptes bewirken werden.